

# „Schwarz-grüne Beziehung kühlt ab“

FDP-Chef Ruppert zu Landesregierung, Schulz-Hype und „Ampelmännchen“

## FULDA

Stefan Ruppert (45) verzichtet auf schrille Töne und beißende Kritik. Auch in Wahlkampfzeiten setzt der hessische FDP-Chef lieber auf das Florett als das Schwert. Dennoch grenzt der Jurist die Liberalen im Gespräch mit unserer Zeitung als Bildungspartei und Mutmacher klar von der politischen Konkurrenz ab.

Von unserem Redaktionsmitglied  
**CHRISTOF VÖLLINGER**

**Gerade hat die FDP ihr Programm für die Bundestagswahl vorgestellt. Mit der Forderung nach massiven Steuerentlastungen will Ihre Partei zurück ins Parlament. Hat die Partei schon vergessen, woran sie das letzte Mal gescheitert ist?**

Bewusst haben wir das Thema Bildung im Wahlprogramm an die Spitze gesetzt, da wir als Liberale das Menschenbild des gebildeten und mündigen Bürgers haben. Dennoch bleiben Steuersenkungen ein wichtiger Punkt. 110 Milliarden Euro an Mehreinnahmen, die unsere Mitbewerber schon dreimal verplant haben, erwartet der Staat bis 2021. Die Liberalen wollen die Bürger um 30 Milliarden Euro entlasten. Das halte ich für angemessen. Die Abschaffung des „Soli“ wäre ein symbolträchtiger Meilenstein.

**Sie waren von Anfang an gegen den allgemeinen Mindestlohn. Würden Sie das Thema bei Koalitionsverhandlungen nochmal auf die Tagesordnung setzen?**

Nein, denn schnell entsteht der Eindruck, die FDP gönne Millionen Menschen nicht ihren Mindestlohn. In Wahrheit freue ich mich über jeden, der mehr als 8,84 Euro verdient. Dass ein vom Gesetzge-



„Wenn die Sozialdemokraten Personenkult betreiben, ist das immer schwierig“, erklärt Stefan Ruppert. Foto: Lisa Laibach

ber festgelegter Ecklohn ein Mindestmaß an Wohlstand ermöglicht, daran glaube ich nicht. Der Mindestlohn ist ein typisch symbolhaftes Versprechen. 8,84 Euro haben in Fulda einen anderen Wert als im Bayerischen Wald oder in Brandenburg. Im Kampf gegen sittenwidrige Löhne sehe ich vor allem die Tarifpartner gefordert. Auch wird der Mindestlohn in schlechteren Zeiten mehr Arbeitsplätze kosten.

**Am anderen Ende der Lohnskala fordert die SPD publikumswirksam eine Deckelung der Managergehälter. Muss der Staat hier regulierend eingreifen?**

Ich finde zwar manche Gehälter, die in Vorstandsetagen gezahlt werden, unmöglich. Ich halte aber nichts von staatlichen Eingriffen in die Vertragsfreiheit zwischen Eigentümern und Vorstand. Da es sich um Geld der privaten Eigentümer handelt und nicht um Steuermittel, sehe ich die Anteilseigner gefordert.

**Die FDP will im Falle einer Regierungsbeteiligung ein „Digitalisierungsministerium“ einrichten. Ein neues Bürokratiemonster?**

Nein, ein solches Ministerium ist notwendig, denn die Gesellschaft und die Art der Arbeit werden sich durch die Digitalisierung radikal ändern. Gewisse Jobs werden wegfallen. Deshalb müssen wir in höhere Qualifizierung und Bildung investieren und Menschen Mut machen, den Wandel mitzugestalten.

**Roboter am Fließband, selbstfahrende Autos, immer weniger Jobs: Muss nicht auch in der FDP über Ideen wie ein bedingungsloses Grundeinkommen nachgedacht werden?**

Ich bin ein Gegner des be-

dingungslosen Grundeinkommens. Das klingt so, als gäbe man jemandem Geld und verlangte, er solle nun still sein. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir Liberale sagen den Menschen, dass wir ihren Aufstieg mit allen Mitteln fördern. Unter dem Strich wird es weniger Jobs für Geringqualifizierte geben.

**Während die FDP in Umfragen weiter vor sich hindumpelt, erlebt die SPD derzeit einen Hype. Fehlen der FDP Typen wie Martin Schulz?**

Salopp gesagt: Ich glaube, diese Aktie ist deutlich überbewertet. Wenn die Sozialdemokraten Personenkult betreiben, ist das immer schwierig. Das können die nicht so gut wie die CDU. Auch Aufforderungen wie „Fangt doch mal an, Martin zu rufen“ sind mir ein bisschen fremd.

**Gleichwohl schließt die FDP eine von Schulz geführte Ampelkoalition nach der Wahl derzeit nicht aus.**

Ich sehe nach wie vor die größten Gemeinsamkeiten mit der CDU. Auch wenn es die marktwirtschaftlich orientierte Partei seit der Kanzlerschaft von Frau Merkel nicht mehr gibt. Die CDU versteht sich heute eher als Organisator von Wahlerfolgen denn als marktwirtschaftliche Kraft. Dass wir nach der Wahl zum „Ampelmännchen“ werden, glaube ich vor diesem Hintergrund nicht.

**Wären denn bei einer Ampel nicht schon die Grünen ein unüberwindbares Hindernis für die FDP?**

Es gibt da wenig Schnittmengen. Die Grünen wissen zwar genau, wie der Bürger leben soll, doch niemand braucht ideologisch begründete Bevormundung. Völlig gegensätzliche Positionen haben die Grü-

nen und die FDP etwa in der Energie- und Verkehrspolitik. Wir wollen das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit seinen unsinnigen Umverteilungsmechanismen abschaffen. Von den fehlenden Stromleitungen einmal völlig abgesehen: Nirgendwo wird CO<sub>2</sub> so teuer eingespart wie in Deutschland.

**Schmerzt es Sie, dass CDU und Grüne in Hessen relativ geräuschlos zusammenarbeiten?**

Zwischen beiden Partnern gibt es derzeit eine Verliebtheit, die dazu führt, dass beide Seiten gewisse Gegensätze einfach ausblenden. Doch die Beziehung kühlt derzeit merklich ab, da CDU und Grüne merken, dass es auf Bundesebene nicht für eine entsprechende Machtopion reicht. In Energiefragen oder beim Thema Abschiebungen nach Afghanistan merkt man, dass es laut knirscht.

**Wo liefe es in Hessen anders, wenn die Liberalen mit der CDU am Ruder wären?**

Vor allem in der Bildungspolitik. Schwarz-Grün steckt höchstens jeden vierten oder fünften überzähligen Euro in die Bildung. Wir haben als hessische Regierungspartei seinerzeit zwar viele strukturelle Einsparungen vorgenommen, aber massiv in die Bildung investiert. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer hätten wir, anders als die hessische Landesregierung, mit Sicherheit nicht verhindert. Auch die 39 Millionen Euro des Bundes für den Straßenbau hätte die FDP 2016 nicht verfallen lassen.

**Würden Sie den Regionalflughafen Kassel-Calden heute noch einmal auf die Wiese setzen?**

Ja. Der Airport ist besser als sein Ruf. Er bietet nordhessi-

schen Unternehmen eine schnelle Anbindung mit kleineren Maschinen. Kassel-Calden hat jenseits der Touristenströme nach Mallorca oder in die Türkei seine Bedeutung für die Region.

**Macht Ihnen die AfD als neuer politischer Mitbewerber das Leben schwer?**

Wir haben keinen Austausch mit denen. Ich wünsche sie mir auch nicht in den Bundestag. Gleichwohl halte ich es für albern, nur weil ein AfD-Abgeordneter als Alterspräsident den neuen Bundestag eröffnen könnte, die Geschäftsordnung des Hohen Hauses zu ändern. Die Demokratie fällt dadurch nicht um. Die Menschen wählen AfD, weil das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen verlorengeht und nicht, weil es ein Heer neuer Nazis gibt. Wir brauchen einen starken Staat, der Recht und Ordnung wieder durchsetzt, der sich aber sonst aus dem Leben der Menschen heraushält.

**Als die FDP 2013 aus dem Bundestag flog, war das auch für Sie als Abgeordneter eine Zäsur. Wie weit ist der Prozess der Neuaufstellung vorangeschritten?**

Anfangs herrschte ein Gefühl von Agonie. Dann hat sich die FDP in einer Art Selbstfindungsprozess mit Workshopcharakter wieder aufgerichtet. Ich bin als Mitglied der Geschäftsleitung zu B. Braun in Melsungen gewechselt und betreibe seit drei Jahren als FDP-Landesvorsitzender Politik quasi nebenberuflich. Dem aus unserer Sicht nicht zufriedenstellenden Ergebnis bei der Saar-Wahl zum Trotz: Die Partei ist programmatisch und personell auf Bundesebene gut aufgestellt. Das Ziel, bei der Bundestagswahl in Hessen mehr als acht Prozent zu holen, steht.

## LÄNDER IM BLICK

### GIEßEN

#### Zu wenige Raser geblitzt

Erst zu wenige Raser und plötzlich keine Blitzer mehr: Eine Gemeinde im Raum Gießen hat vom Oberlandesgericht Frankfurt Schadensersatz zugesprochen bekommen, weil der Vermieter von Radarmessgeräten unberechtigt den Vertrag aufkündigt und seine Blitzer abgebaut hat. Über die Höhe wird noch entschieden. Grund für die Kündigung waren viel zu wenige Temposünder: Statt der erwarteten 860 Verstöße pro Tag wurden weniger als 400 Raser pro Monat erwischt. Weil die Firma mit sechs Euro pro Delikt beteiligt wurde, fehlte ein großer Teil der eingeplanten Einnahmen.

### WUTHA

#### 4,51 Promille

Da staunten die Beamten nicht schlecht: Ein ungewöhnlich hoher Wert von 4,51 Promille wurde bei einem 40-Jährigen aus Wutha-Farnroda (Wartburgkreis) gemessen, der sich mit Rum ins Alkoholkoma getrunken hatte. Als er nach drei Stunden erwachte, reagierte er äußerst aggressiv, sodass Rettungsdienst und Polizei verständigt wurden. Nachdem der Mann gebändigt werden konnte, wurde er in ein Krankenhaus gebracht.

### FRANKFURT

#### Nur ausgenutzt?

Mit einem Freispruch ist der Prozess um einen vereitelten Bombenschmuggel vor dem Landgericht Frankfurt zu Ende gegangen. Es habe nicht nachgewiesen werden können, dass die 29 Jahre alte Frau eines mittlerweile verurteilten IS-Anhängers tatsächlich von der Rohrbombe in ihrem Gepäck gewusst habe, urteilte das Gericht. Die Bombe war 2014 am Flughafen in Ankara entdeckt worden. Die Deutsche wollte mit ihren Kindern aus Syrien zurück nach Deutschland. Laut Urteil könnte die Frau von ihrem Mann ausgenutzt worden sein.

### KASSEL

#### ICE defekt

Hunderte Fahrgäste sind gestern Morgen in einem ICE bei Kassel festgesehen. Laut Bahn war der Zug auf dem Weg nach Hamburg, als er wegen eines Defekts kurz hinter dem Bahnhof Wilhelmshöhe stoppen musste. Nach einer längeren Pause rollte der ICE zurück nach Kassel, wo die Fahrgäste umstiegen.

### FRANKFURT

#### E-Busse ab 2018

Frankfurt will den Nahverkehr umweltfreundlicher gestalten. Ab Ende 2018 soll die Buslinie 75 mit Elektrobusen betrieben werden. Ein Bus kostet 500 000 Euro und kommt mit einer Ladung 150 Kilometer weit.

## ZUR PERSON

### Kochen zur Entspannung

Kochen ist für ihn Entspannung pur, am liebsten mag er Wild, dazu ein Rotwein. Seit drei Jahren steht Dr. Stefan Ruppert (45) an der Spitze der hessischen FDP, betreibt Politik „ehrenamtlich“ und holt sich auch schon mal Rat bei Amtsvorgänger Jörg-Uwe Hahn.

Der mit seiner Familie in Oberursel lebende Jurist arbeitet als Mitglied der Geschäftsleitung des Medizintechnikkonzerns B. Braun in Melsungen. Aber das könnte sich ändern: Auf Listenplatz zwei der hessischen FDP für die Bundestagswahl hat Ruppert beste Chancen, ins Hohe Haus zurückzukehren, dem er von 2009 bis 2013 angehörte. / cv

## Polizei testet Elektroschocker

Pilotprojekt in Frankfurt

**FRANKFURT** Hessen testet als drittes Bundesland Elektroschocker bei der Polizei. Der Probelauf beginnt am 1. Mai beim Überfallkommando der Frankfurter Polizei, wie das Innenministerium in Wiesbaden mitteilte. Die Wirkungsweise der auch „Taser“ genannten Geräte beruhe für Menschen zwar weniger Risiken als ein

Schusswaffengebrauch. Für die Einsatzkräfte steige aber das Risiko, weshalb spezielle taktische Konzepte nötig seien.

Derzeit benutzen in Hessen nur Spezialeinheiten (SEK) die „Distanz-Elektroimpulsgeräte“ (DEIG). In Rheinland-Pfalz testet die Polizei Trier Elektroschocker. Vorreiter war Berlin.

Die DEIG verschießen nadel-



ähnliche Pfeile an Drähten. Treffen diese auf einen Menschen, wird er durch Strom kurz außer Gefecht gesetzt.

## Jüngere diskriminiert

Land muss Bezüge nachzahlen

**FRANKFURT** Das Land Hessen muss Beamten Bezüge nachzahlen, wenn deren Besoldung altersdiskriminierend war. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden (Az.: BVerwG 2 C 11.16 und 2 C 12.16). Den Beamten stünden für einen gewissen Zeitraum bis Februar 2014 pro Monat 100 Euro zu.

Bis dahin galt in Hessen ein Besoldungsrecht, das gegen das Verbot der Altersdiskriminierung im EU-Recht verstieß. Beamte wurden bei der Besoldung nach Lebensalter eingestuft. Das benachteiligte jüngere Beamte.

Laut der Gewerkschaft Verdi sind Zehntausende Beamte von dem Urteil betroffen.